

28.03.2012 – PM 16/2012

Bundesregierung muss den Menschen in Europa helfen

IG BAU fordert rasche Einführung der Finanztransaktionssteuer

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung auf, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer weiter voranzutreiben. „Eine Steuer auf Spekulationen an den Finanzmärkten wirkt gleich doppelt positiv“, stellte der IG BAU-Bundesvorsitzende Klaus Wiesehügel fest. „Sie macht den völlig aus dem Ruder gelaufenen Hochfrequenzhandel weniger attraktiv und bringt gleichzeitig Geld, das in Wachstum und Beschäftigung investiert werden kann.“

Die IG BAU befürchtet, dass die Finanzkrise als Argument missbraucht wird, um europaweit Sozialstandards zu beschneiden. „Die Signale des Sozialabbaus sind deutlich erkennbar und sie kommen aus Deutschland“, sagte Wiesehügel. Eine einseitig auf das Sparen um jeden Preis fixierte Politik geht aus Sicht der IG BAU zu Lasten der Schwächsten in Europa. Dagegen würden durch eine Finanztransaktionssteuer die Spekulanten als Verursacher der Krise an deren Kosten beteiligt. Die Steuer kann dabei so ausgestaltet werden, dass die Finanztätigkeiten von Bürgern nicht berührt werden.

Nach langen Diskussionen über die Einführung dieser Abgabe plädiert die IG BAU für eine baldige Entscheidung. „Auf europäischer Ebene gibt es derzeit Rückenwind für die Finanztransaktionssteuer. Diese Chance muss jetzt genutzt werden“, sagte Wiesehügel. „Die Regierung kann nun zeigen, auf wessen Seite sie steht – auf der der Menschen in Europa oder auf der von Banken und Finanzhaien.“

(1437 Zeichen)